

07.03.2000 / Inland

Kölns Kloaken geleast

Stadtrat stimmte dubiosem Geschäft mit städtischen Klärwerken zu

»Wie können Sie über ein Leasing-Geschäft abstimmen, obwohl Ihnen das Vertragswerk nur in unverbindlicher Zusammenfassung bekannt ist?« So fragte das »Kölner Netzwerk gegen Konzernherrschaft und neoliberale Politik« Ratsmitglieder der Stadt letzte Woche in einem offenen Brief. In dem Leasing-Geschäft sollen die Kölner Klärwerke und Kanäle im Wert von 1,2 Milliarden Mark für 25 Jahre an eine Briefkastenfirma auf den Cayman Islands/Karibik vermietet und dann sofort wieder von der Stadt Köln zurückgemietet werden. Das Hin- und Rückmieten geschieht allerdings fiktiv, da alle Zahlungen innerhalb nur einer Woche abgewickelt werden. Die Briefkastenfirma soll die 1,2 Milliarden Mark bei einem »Investor« in den USA aufnehmen, von dem offiziell nicht einmal der Name bekannt ist. Beteiligt an dem Deal sind allerdings die Deutsche Bank und weitere amerikanische Banken. Durch die Transaktionen soll in den USA für die Geldgeber durch US-Steuer Gesetze ein Abschreibungsvorteil entstehen. Netter Nebeneffekt - dem Kölner Haushalt soll das 54 Millionen DM einbringen. Und die Deutsche Bank erhält für ihre Dienste ein Honorar in ebenfalls zweistelliger Millionenhöhe. Die Rede ist von 20 Millionen.

Nach dem Willen von Oberbürgermeister Harry Blum (CDU) und Stadtkämmerer Werner Böllinger (SPD) sollen die Fraktionsmitglieder das umfangreiche Vertragswerk nicht sehen, sondern lediglich einer Mandatserteilung an die Deutsche Bank zustimmen. »Das klingt erstmal clever und gut. Wie hoch die Risiken sind, wie hoch die tatsächliche Eigentumsübertragung ist, welche Transaktionen in den USA während der Vertragslaufzeit tatsächlich ablaufen, wissen Sie aber nicht,« gibt das Netzwerk in seinem offenen Brief zu bedenken.

Die Mehrheit des Kölner Rates stimmte in einem nichtöffentlichen Teil der Sitzung vom 29. Februar 2000 für den umstrittenen Klärwerks-Leasing-Deal mit der Deutschen Bank. Die Abstimmung fiel allerdings keineswegs so deutlich aus, wie es CDU und SPD erwarteten: Die PDS-Fraktion und einige Ratsmitglieder der Grünen stimmten dagegen. Karl-Heinz Pütz (SPD) und das Ratsmitglied der Republikaner enthielten sich der Stimme. »Das kommt einem Blankoscheck von 1,2 Milliarden Mark an die Deutsche Bank gleich«, kritisierte ein Sprecher des Netzwerks nach der Abstimmung. Ein solcher Beschluß sei angesichts der Summe und der langfristigen Bindung über 25 Jahre unverantwortlich. Das Netzwerk weiter: »Wer die gemeinschaftliche Daseinsvorsorge unter den neuen Bedingungen sichern will, muß neue kommunale Strukturen aufbauen, statt sie vertrauensvoll in die Hände von internationalen Banken zu legen.«

SPD-Chef Norbert Rüter bejegnete nach der Ratssitzung der Kritik, das Vertragswerk sei den Ratsmitgliedern nur teilweise bekannt gewesen: »Der Stadtkämmerer hat uns alle wesentlichen Details erläutert.« Der Fraktionschef der Grünen, Volker Bulla, meinte gegenüber junge Welt, für viele Ratsmitglieder sei der Vertrag nicht durchschaubar, deswegen könne er es verstehen, daß einige seiner Kollegen sich dagegen aussprachen. Er selbst habe zugestimmt, vor allem deswegen, weil der Deal aufgrund des verschuldeten Kölner Haushalts notwendig sei. Die CDU wollte am liebsten gar keine Stellungnahme abgeben: »Über den Sachverhalt dürfen wir keinem Außenstehenden Auskunft erteilen«, gab CDU-Fraktionschef Josef Müller zu verstehen. CDU-Sprecher Kaven rechtfertigt die Behandlung im nichtöffentlichen Teil: Bei Grundstücksgeschäften werde das immer so gemacht.

Diese Begründung ist jedoch wenig stichhaltig, da es sich hier eben um ein Leasing-Geschäft handelt. Alle Befürworter blieben auch die Antwort auf die Frage schuldig, warum es keine öffentliche Ausschreibung oder Einholung von alternativen Angeboten gegeben hatte. Bulla: »Die Ökobank macht keine Leasing-Geschäfte«. Eine fadenscheinige Begründung, da heute alle Großbanken derartige Geschäfte mit deutschen Kommunen in großer Zahl abwickeln.

Die Kritiker wollen die Sache nicht auf sich beruhen lassen. Ratsmitglied Jörg Detjen (PDS) kritisiert: »Wir halten es für ein Unding, daß ein solch gigantisches Projekt unter totalem Ausschluß der Öffentlichkeit abgewickelt wird.« PDS und Netzwerk erwägen, eine Beschwerde beim Regierungspräsidenten und eine Klage vor dem Verwaltungsgericht einzureichen. Letzteres vor allem wegen der unterlassenen öffentlichen Ausschreibung. Sie ist nach deutschem und europäischem Recht bei staatlichen Aufträgen dieser Größenordnung zwingend vorgeschrieben.